

P R E S S E M I T T E I L U N G

Umfrage: Mehr als jede vierte Familie blickt mit Sorgen in die Zukunft

- Ein Fünftel der Familien kann sich nur das Notwendigste leisten
- Klare Mehrheit sagt, die Bundesregierung tut nicht genug gegen Kinderarmut
- Geplante Sozialkürzungen drohen die Situation vieler Familien zu verschärfen

Berlin, 01. September 2026 – Miete, Heizung, Essen, Kleidung: Die Alltagskosten belasten viele Familien in Deutschland und zwingen sie zu Abstrichen bei den Ausgaben für ihre Kinder. Mehr als ein Viertel der Eltern mit minderjährigen Kindern blicken in diesem Sommer sorgenvoll in ihre finanzielle Zukunft, wie eine neue repräsentative forsa-Umfrage im Auftrag von Save the Children ergab. Ausgaben für Dinge, die über das Notwendigste hinausgehen, kann sich mehr als jedes fünfte Elternteil nicht leisten. Dass mehr für Familien getan werden muss, finden auch Eltern, die selbst kaum finanzielle Sorgen haben: 83 Prozent der Befragten fordern mehr Anstrengungen der Bundesregierung gegen Kinderarmut.

Seit der letzten Umfrage im Sommer 2025 sank der Optimismus der Eltern in Deutschland. 27 Prozent der Befragten machen sich momentan „große“ oder „sehr große“ Sorgen, in den kommenden zwölf Monaten die Grundbedürfnisse ihrer Familie wie Heizen, Kleidung oder Nahrung nicht oder nicht ausreichend decken zu können – gegenüber 25 Prozent im Sommer 2025 und 15 Prozent im Januar 2025. Nur 40 Prozent der Befragten äußern „keine“ finanziellen Zukunftssorgen. Vor einem Jahr waren es noch 48 Prozent.

„Unsere Umfrage zeigt einen besorgniserregenden Trend: In nur anderthalb Jahren hat sich die Zahl der Eltern, die sich finanzielle Zukunftssorgen machen, fast verdoppelt“, sagt Eric Großhaus, Experte für Kinderarmut und soziale Ungleichheit bei Save the Children Deutschland. „Alltägliche Ausgaben, wie zum Beispiel für gesunde Ernährung oder Kleidung, sorgen für Stress in Familien. Hinzu kommt: Viele Kinder müssen auf Dinge verzichten, die für Gleichaltrige in Deutschland selbstverständlich sind: ein Hobby, ein Restaurantbesuch oder ein Urlaub. Es ist höchste Zeit, gegenzusteuern. Doch stattdessen plant die Bundesregierung Sozialkürzungen, die die Lage vieler betroffener Familien noch weiter verschlechtern würde. Mit einer Gesamtstrategie, die Kindern ungeachtet ihrer Herkunft ein gutes Aufwachsen ermöglicht, könnte die Regierung das Vertrauen der Familien zurückgewinnen und gleichzeitig etwas dafür tun, dass auch die Wirtschaft später auf die bestmöglich ausgebildeten Fachkräfte bauen kann.“

Dass die kommenden Monate Entlastungen für Familien bringen, bezweifeln vor allem diejenigen Gruppen, die am stärksten armutsgefährdet sind. 61 Prozent der Eltern mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 3.000 Euro und 47 Prozent der Alleinerziehenden blicken sorgenvoll auf die kommenden zwölf Monate. Mindestens 90 Prozent der Befragten aus diesen Gruppen und 83 Prozent aller Befragten sind der Ansicht, dass die derzeitigen Pläne der Bundesregierung nicht ausreichen, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Vor einem Jahr sagten dies 76 Prozent.

Zwar kommen die meisten Familien gut über die Runden und können sich auch mal etwas außer der Reihe leisten. Aber für mehr als ein Fünftel der Befragten (21 Prozent) sind Dinge wie neue Möbel, Ausflüge, Restaurantbesuche, Urlaube oder Hobbys der Kinder „eher nicht“ oder „auf keinen Fall“ drin. Viele Eltern mussten in den vergangenen zwölf Monaten bei Ausgaben für ihr Kind zurückstecken oder

zumindest überlegen – insbesondere (zu jeweils 22 Prozent) bei Freizeitaktivitäten und Hobbys sowie bei Feiern und Geschenken. Gesunde Ernährung und Kleidung für Kinder stellen jeweils über ein Drittel der Eltern mit geringem Einkommen vor finanzielle Herausforderungen.

Die Forderungen von Save the Children:

- Keine Kürzungen bei Leistungen, die für viele Familien mit geringem Einkommen eine wichtige Unterstützung sind, um den Alltag bestreiten zu können (insbesondere Wohngeld, Kindersofortzuschlag, Unterhaltsvorschuss).
- Sozialleistungen einfacher, unbürokratischer und stärker am Bedarf von Kindern ausrichten, damit sie bei allen anspruchsberechtigten Familien möglichst unkompliziert ankommen und für echte Entlastung sorgen können. Zielbild sollte eine echte Kindergrundsicherung sein.
- Eine umfassende nationale Strategie gegen Kinderarmut mit gezielten Maßnahmen für Teilhabe, Bildung und soziale Sicherheit umsetzen. Dazu müssen Bund, Länder und Kommunen eng zusammenarbeiten.

Weitere Hinweise und Zusatzmaterial zum Download:

- Bereits zum vierten Mal befragte forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH im Auftrag von Save the Children 1.001 Eltern minderjähriger Kinder in Deutschland zum Thema Kinderarmut. Die Umfrage fand zwischen dem 13. und 30. Juli 2026 statt.
- Die aktuelle Umfrage und eine politische Einordnung der Ergebnisse finden Sie [hier](#).

Unter © Save the Children ist das Material honorarfrei auch zur Weitergabe an Dritte nutzbar.

Pressekontakt:

Save the Children Deutschland

Susanne Sawadogo, Medienreferentin

+49 30 2759 5979-120

susanne.sawadogo@savethechildren.de



Über Save the Children:

Im Nachkriegsjahr 1919 gründete die britische Sozialreformerin und Kinderrechtlerin Eglantyne Jebb Save the Children, um Kinder in Deutschland und Österreich vor dem Hungertod zu retten. Heute ist die inzwischen größte unabhängige Kinderrechtsorganisation der Welt in rund 100 Ländern tätig. Save the Children setzt sich ein für Kinder in Kriegen, Konflikten und Katastrophen. Für eine Welt, die die Rechte der Kinder achtet, in der alle Kinder gesund und sicher leben sowie frei und selbstbestimmt aufwachsen und lernen können – seit über 100 Jahren. Weitere Informationen finden Sie unter:

www.savethechildren.de